



Plenarprotokoll

4. Sitzung

Donnerstag, 12. Januar 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkwort		Antje Kapek (GRÜNE)	138
zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz	106	Ergebnis	143
Nachruf		2 Fragestunde	143
Berliner Ehrenbürger und Bundespräsident a. D. Roman Herzog	106	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	107	Umzug aus Turnhallen	143
Vom Senat ernannte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Ulker Radziwill (SPD)	143
Dank an die entpflichteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Senatorin Elke Breitenbach	143
1 A a) Erklärung des Regierenden Bürgermeisters zum Thema „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.“	108	Ulker Radziwill (SPD)	144
b) Billigung der Richtlinien der Regierungspolitik	108	Senatorin Elke Breitenbach	144
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0073		Staatssekretär Holm	144
Regierender Bürgermeister		Sven Rissmann (CDU)	144
Michael Müller	108	Senatorin Katrin Lompscher	144
Florian Graf (CDU)	114	Sven Rissmann (CDU)	144
Raed Saleh (SPD)	120	Regierender Bürgermeister	
Georg Pazderski (AfD)	123	Michael Müller	145
Carola Bluhm (LINKE)	128	Heiko Melzer (CDU)	145
Peter Trapp (CDU)	133	Regierender Bürgermeister	
Carola Bluhm (LINKE)	133	Michael Müller	145
Sebastian Czaja (FDP)	133	Neue Plätze für die Kältehilfe	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	145
		Senatorin Elke Breitenbach	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Lars Düsterhöft (SPD)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Radikalisierung von Strafgefangenen	146
		Canan Bayram (GRÜNE)	146
		Senator Dr. Dirk Behrendt	146
		Daniel Buchholz (SPD)	147
		Senator Dr. Dirk Behrendt	147

Anne Helm (LINKE)	205	13 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen	211
Holger Krestel (FDP)	206	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin	
Benedikt Lux (GRÜNE)	207	Drucksache 18/0070	
Ergebnis	208	Ergebnis	211
8 A Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates – geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates – über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Laufbahnrecht	208	14 Schutz von Polizei und Rettungskräften verbessern	211
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0074		Antrag der Fraktion der CDU	
Erste Lesung		Drucksache 18/0036	
Ergebnis	208	Ergebnis	211
8 B Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG)	208	15 Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht ziehen	211
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0075		Antrag der Fraktion der CDU	
Erste Lesung		Drucksache 18/0054	
Ergebnis	208	Sven Rissmann (CDU)	211
9 Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz	208	Dr. Clara West (SPD)	213
Wahl		Martin Trefzer (AfD)	214
Drucksache 18/0071		Katina Schubert (LINKE)	215
Ergebnis	208	Stefan Förster (FDP)	216
Beschlusstext	226	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	217
10 Wahl der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin	209	Ergebnis	218
Wahl		16 Missbilligung der Ernennung von Dr. Andrej Holm als Staatssekretär für Wohnen	218
Drucksache 18/0072		Antrag der Fraktion der FDP	
Ergebnis	209	Drucksache 18/0066	
Beschlusstext	226	Sebastian Czaja (FDP)	218
11 Wahl von fünf Personen zu ordentlichen Mitgliedern des Gnadenausschusses und fünf weiteren Personen zu stellvertretenden Mitgliedern des Gnadenausschusses	210	Ordnungsruf für Mario Czaja (CDU)	219
Wahl		Sven Rissmann (CDU)	219
Drucksache 18/0049		Katina Schubert (LINKE)	220
Ergebnis	210	Frank-Christian Hansel (AfD)	221
Beschlusstext	227	Daniel Wesener (GRÜNE)	222
		Ergebnis	224
		17 Respekt des Landes Berlin für die Regimeopfer der ehemaligen DDR	224
		Antrag der Fraktion der CDU	
		Drucksache 18/0058	
		Ergebnis	224
		21 Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum	224
		Antrag der AfD-Fraktion	
		Drucksache 18/0067	
		Ergebnis	224

(Stefan Gelbhaar)

standardmäßig seit Jahrzehnten angelegt werden. Das ist, und das sage ich dazu, wahrlich nicht der einzige Maßstab in dieser Frage, aber ein notwendiger Blickwinkel, denn eine Entscheidung gemäß diesem vorliegenden Antrag würde beinhalten, dass ohne Ansehung der Person, ohne Differenzierung, völlig pauschal Menschen mit einer zudem sehr kurzen ostdeutschen Biografie nicht mehr in einer Regierung mitmachen dürften. Das ist so falsch.

Als Bündnisgrüne wollen und werden wir differenzieren. Es ist schwer, sich in einer Diktatur aufzulehnen, dadurch Unrecht an sich selbst oder nahestehenden Dritten zu riskieren. Es ist leichter, sich anzupassen. Es ist sogar möglich, an eine Diktatur geglaubt zu haben. Heute sind die Anpasser und Mitmacher gefordert, über genau diese ihre Rolle zu reflektieren. Ich persönlich hatte das Glück, als Kind in so etwas nicht einbezogen zu sein, keine solchen Entscheidungen treffen zu müssen. Es ist heute leichter, über die zu richten, die damals nicht aufgestanden sind, die sich anpassten oder gar mitmachten. Dem muss sich Andrej Holm stellen. Und ich sage auch, dass mir einige seiner Äußerungen in den letzten Wochen dabei unverständlich sind und dass Andrej Holm und auch die Fraktion Die Linke hier besonders in der Verantwortung sind.

Damit sind wir beim zweiten Teil des Vorgangs. Das betrifft den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, wohlgermerkt mit der eigenen, nicht mit der gesammelten Vergangenheit eines Staates. Dazu sagt der thüringische Koalitionsvertrag ebenso deutlich, dass mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen haben, die Schuld aber eingestehen, bekennen und ihren Beitrag zur Aufarbeitung leisten wollen, dass mit all diesen zusammengearbeitet wird.

Ich will und ich werde jetzt nicht der Erklärer, der Ankläger oder gar der Verteidiger von Andrej Holm sein. Dazu gibt es in meiner Fraktion übrigens sehr unterschiedliche Auffassungen. Es ist aber schwierig, anhand einer Personalie den weiteren Umgang mit systematischem Unrecht in der DDR klären zu wollen. Deswegen sage ich auch: Dieser Antrag wird dem Thema nicht gerecht. Er wird den betroffenen Menschen aus den beschriebenen und weiteren Gründen nicht gerecht.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Diese Aussprache zeigt, wie wichtig die Befassung mit dem Thema ist, wie viele Verletzungen, wie viel Leid, wie viel Unrecht gestern und heute existieren. Wir wollen diesen Antrag daher in den Fachausschuss überweisen, dort beraten und qualifizieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag hat die antragstellende Fraktion die sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der SPD beantragt dagegen die Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG. Über den Überweisungsantrag lasse ich zuerst abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne und Linke. Gegenstimmen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Kollege. Ersteres war die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? – Nicht der Fall! Damit ist der Antrag überwiesen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 16:

Missbilligung der Ernennung von Dr. Andrej Holm als Staatssekretär für Wohnen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0066](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der FDP. – Herr Czaja, bitte schön, Sie haben das Wort!

Sebastian Czaja (FDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bedanken, dass wir über die Parteigrenzen hinweg die Sitzung heute in die Verlängerung gebracht haben, um diese notwendige, wichtige Debatte zu führen. Die Beratung zum Antrag der CDU hat das, glaube ich, sehr deutlich gemacht, von welcher Notwendigkeit der Austausch in dieser Sache ist und wie unterschiedlich auch die Auffassungen in den Fraktionen der Regierung sind. Sie haben hier einen geschützten Raum, das Parlament, wo Sie genau das diskutieren können, und das hilft. Das hilft vor allen Dingen dann, wenn man seinem eigenen Koalitionsvertrag treu bleiben möchte.

Ich möchte an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten einige Sätze daraus zitieren, denn Sie schreiben:

Für die Koalition ist die Aufarbeitung der jüngeren deutschen und Berliner Geschichte nicht beendet. Wir werden das Gedenken an diese wechselvolle Geschichte unserer Stadt wachhalten.

Aber wachhalten heißt doch nicht, mit Andrej Holm im Senat!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Sie meinen damit doch wohl hoffentlich etwas anderes. Und für eine neue Gedenkkultur suchen Sie, wie es hier steht, den Dialog mit Opfergruppen. Den Dialog können Sie morgen beenden, wenn Sie Herrn Holm nicht endlich entlassen, denn das ist eine Farce, was Sie hier machen. Das ist ein Schlag ins Gesicht. Deshalb wird auch hier die

(Sebastian Czaja)

Präambel Ihres Koalitionsvertrags quasi durch Ihr eigenes Handeln untergraben.

Und wenn Sie dann weiter ausführen, die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Lernort für Demokratie zu machen und zu unterstützen, dann wird doch eines deutlich: Sie brauchen das in Ihrer Präambel im Grunde auch nicht weiter zu verfolgen, weil der Lernort und der Erkenntnisprozess zuallererst in Ihren eigenen Reihen reifen und stattfinden müssen. Ich empfehle Ihnen mal einen kollektiven Ausflug dorthin, damit Sie sich dieser Tragweite bewusst werden.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD –
Zuruf von der AfD]

Ja, man könnte vermuten, dass gerade unter einem Regierenden Bürgermeister Michael Müller die Personalie Holm bewusst in Kauf genommen wird, denn auch Michael Müller hat ja einen Hang dazu, seine Senatskollegen hin und wieder mal zu bespitzeln oder zu untersuchen.

[Heiterkeit bei der FDP, der CDU
und der AfD]

Insoweit ist es umso wichtiger, dass hier an dieser Stelle ein klares Bekenntnis erfolgt. Ein klares Bekenntnis heißt eine klare Haltung, für oder gegen etwas zu sein. Und damit laden wir Sie mit dieser Missbilligung ein, Haltung zu beziehen, Charakter zu zeigen und nicht einen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, wo er so gar nicht qualifiziert werden kann, weil es um die Abstimmung jetzt und hier geht.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD –
Bravo! von der AfD]

Und man kann die Biografie von Andrej Holm hier etwas mehr ausleuchten und an der anderen Stelle etwas mehr ausleuchten. Am Ende bleibt aber – ich habe es eingangs erwähnt – einiges übrig, das sich mit Kontinuität durch die Biografie zieht: Dieser Mann ist antidemokratisch geschult und will einer Regierung angehören. Das passt nicht zusammen. Letzteres finde ich wesentlich schlimmer: Dieser Mann hat nachweislich gelogen, und wer lügt, kann nicht in dieser Regierung sitzen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Czaja! Sie haben eben ausgeführt, dass der Regierende Bürgermeister seine Senatskollegen gerne bespitzelt. Ich rüge Sie dafür. Das ist beleidigend. Ich wollte es nur nicht vorhin während der Ausführungen machen.

[Mario Czaja (CDU): Hat er doch völlig recht!]

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Rissmann das Wort.

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Sie kritisieren mich in meiner Sitzungsleitung. Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Kollege Czaja!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Zuruf: Er nimmt das auf sich! –
Holger Krestel (FDP): Dann will ich
auch gerügt werden!]

– Dann werden Sie auch gerügt. Das kommt so ins Protokoll.

[Zurufe von der CDU –
Zuruf von der FDP: Natürlich bespitzelt er!]

Jetzt hat Kollege Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Der Kollege Rissmann, verehrter Herr Präsident, will sich Mühe geben, nicht auch noch gerügt zu werden, wobei ich mich in der Gemeinschaft der Gerügten ganz wohl fühlen würde.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Teile dieses Linksbündnisses versuchen, die Causa Holm auf eine Frage zu vereinfachen, die sich auf den Zeitraum bis 1990 bezieht. Das ist es aber eben nicht. Diese Causa, diese Personalie ist vielschichtiger, und sie ist gefährlich für unsere Demokratie und für unsere politische Kultur.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wir müssen mehrere Fragen beantworten, neben der ersten Frage, ob wir es als zulässig erachten, dass ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit heute gerade in dieser Stadt, in Berlin, wo die Wunden der Teilung unseres Vaterlandes deutlicher und schmerzhafter waren als überall anders in Deutschland, ob es in dieser Stadt auch nach 27 Jahren wirklich als zulässig erachtet werden kann, dass ein Mitarbeiter dieses Unterdrückungsinstruments ein Staatsamt bekleiden kann. Wir müssen uns fragen, ob wir eine Person in einem Regierungsamt wollen, die mindestens viermal bei der Anstellung im öffentlichen Dienst unseres Landes gelogen hat. Der Kollege Czaja hat darauf hingewiesen. Jede andere Person hätte sich damit für eine Verwendung im öffentlichen Dienst disqualifiziert.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Und diese Person will auch heute noch die Öffentlichkeit für dumm verkaufen, indem über Erinnerungslücken philosophiert wird. Als ob man vergessen haben könnte, bei „Feliks Dzierzynski“ mit der Kalaschnikow rumgerannt zu sein!

Und die dritte Frage ist, ob wir eine Person in einem Regierungsamt unserer Stadt haben wollen, von der der Bundesgerichtshof sagt, sie habe eine linksextremistische Einstellung. Es geht nicht um demokratische Linke. Es geht nicht um demokratische Rechte, um die politische

(Sven Rissmann)

Mitte. Es geht um Extremismus. Extremismus ist verfassungsfeindlich, egal, von welcher Seite er kommt.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Man kann über die erste Frage, wie die hauptamtliche Tätigkeit des Herrn Holm bei der Stasi, bei den Stasi-Spitzeln zu bewerten ist, aufgrund des damals jungen Alters des Herrn Holm und auch sicher aufgrund der Wirkungsweisen dieser Diktatur geteilt urteilen. Da ist eine einfache Antwort sicher nicht möglich. Frau Dr. West hat dazu differenziert vorgetragen. Klar und unzweideutig müssten aber jedenfalls die Antworten auf die anderen beiden Fragen sein, nämlich erstens: Nein, wir wollen keine Lügner, die eben nicht zu ihren Fehlern stehen und die sich eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst erschlichen haben. Und: Nein, wir wollen auch keine Extremisten in unseren Staatsämtern.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP]

Und die Dimension geht für mich noch viel weiter. Mit der Ernennung des Herrn Holm hat nämlich die Linkspartei auch ihre Maske fallen lassen. Sie ist bis heute die umbenannte SED,

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

und sie ist es eben nicht nur de jure, sie ist es auch de facto. Und sie ist die Staatspartei der zweiten deutschen Diktatur. Sie ist die Staatspartei des Unterdrückungsapparats. Sie ist die Partei der Stasi, die Partei dieser Unterdrückungseinrichtung, die sich als Schwert und Schild begriffen hat und damit Millionen Deutsche über 40 Jahre lang unterdrückt hat.

[Zurufe von rechts: Sehr richtig! Totalitär!]

Und diese Personalie ist ein Geschenk, das Sie Ihren alten Genossen machen wollen. Das zeigt, dass das Gerede von Einsicht und Läuterung eben doch nicht so ehrlich gemeint war.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP]

Ich sehe darin darüber hinaus einen Brückenschlag dieser Partei in die linksextremistische Szene unserer Stadt. Hier wird offenbar bewusst versucht, Gegner unserer Demokratie anzusprechen und ihnen ein Gesicht zu geben.

Frau Dr. West hat mich heute berührt, und das meine ich vollen Herzens. Es kommt selten vor, dass aus den politischen, festgelegten Verfahrensabläufen ausgebrochen wird und hier tatsächlich jemand etwas sagt, mit dem nicht gerechnet wurde. Das ist heute so geschehen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der AfD]

Und wir Christdemokraten zollen Ihnen, verehrte Frau Dr. West, dafür unsere Anerkennung und unseren Respekt, genauso wie den vielen anderen Sozialdemokraten,

die es gibt und von denen wir wissen, dass sie schwere Gewissensstunden haben.

Am Ende liegt es eben an Ihnen, verehrte Sozialdemokraten, und ich meine diesen Appell reinen Herzens. Bei allem, was uns politisch trennt, sind Sie die älteste deutsche Partei, und Sie haben meinen ehrlichen Respekt dafür, dass Sie unser Land in besonderer Weise demokratisch gefestigt haben und dass unser Land in dieser Form so nicht denkbar wäre ohne die Sozialdemokratie. Und es gereicht den Sozialdemokraten zur besonderen Ehre, dass sie beiden deutschen Diktaturen widerstanden haben, dass sie Widerstand geleistet haben und dass sie unsere Bundesrepublik Deutschland, das freieste und beste Deutschland, das es je gab, so mit aufgebaut haben. Gerade darum dürfen Sie, verehrte Sozialdemokraten, das hier nicht geschehen lassen. Es ist eine Frage der Moral, es ist eine Frage des Anstandes, und es ist eine Frage des demokratischen Konsenses. Knechte von Diktaturen und Feinde unserer Verfassung gehören nicht in Staatsämter!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Beifall von Sven Kohlmeier (SPD),
Joschka Langenbrinck (SPD) und
Robert Schaddach (SPD)]

Präsident Ralf Wieland:

Bevor jetzt Frau Schubert das Wort für die Fraktion Die Linke nimmt, noch ein Hinweis: Das Fotografieren von Abgeordneten und das Veröffentlichen anderer Abgeordneter entspricht nicht unseren Regelungen. Deswegen bitte ich Sie noch einmal eindringlich, davon Abstand zu nehmen! – Frau Schubert, bitte schön!

Katina Schubert (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines vorweg: Die Linke hat die Rechtsnachfolge der PDS angetreten. Die PDS hat die Rechtsnachfolge der SED angetreten. Die Linke hat sich dieser Vergangenheit gestellt, hat sich damit auseinandergesetzt – sehr intensiv, das können Sie glauben oder nicht, die Dokumente kann ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen. Die Linke ist nicht die Stasi-Partei, und ich bitte, diese Form der Denunziation hier auch zu unterlassen!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Andrej Holm ist ein ausgewiesener Stadtsoziologe, ein international anerkannter Wissenschaftler,

[Zuruf von der CDU: Was? –
Lachen bei der CDU und der AfD]

ein profunder Kenner der Berliner Wohnungswirtschaft und ein Kritiker der Gentrifizierungsprozesse in Berlin.

Ja, es gibt Vertreter der Immobilienwirtschaft und andere, die eine soziale Umstrukturierung der Berliner Wohn-

(Katina Schubert)

und Mietenpolitik ablehnen. Rot-Rot-Grün hat sich mit dem Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Wohnungspolitik sozial zu gestalten, die Berliner Mischung in den Kiezen zu erhalten, Banlieues in Berlin zu verhindern. Deshalb haben wir Andrej Holm als Parteilosen gebeten, die Seiten von der Wissenschaft in die praktische Politik zu wechseln.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

In der Öffentlichkeit geht es jetzt um die Stasi-Vergangenheit von Andrej Holm und um den Fragebogen bei der HU. Andrej Holm hat sich 2007 offenbart. Es war der Öffentlichkeit bekannt, dass er Offiziersschüler bei der Staatssicherheit war – von September 1989 bis zum 31. Januar 1990, fünf Monate während der Auflösung des MfS/AfNS. Er war zunächst beim Wachdienst und ging dann in die Bezirksverwaltung Berlin. Zu der geplanten Karriere beim MfS kam es nicht mehr. Und Andrej Holm hat mehrfach gesagt, dass er dankbar dafür ist. Er hat immer wieder gesagt, dass er dankbar für die Wende ist und dass er die Freiheit einer demokratischen Gesellschaft nach Kräften unterstützt. Da frage ich mich: Das soll 27 Jahre später verhindern, dass er ein öffentliches Amt bekleidet?

Als ich 18 Jahre alt war, war ich Juso, eine in Ihren Augen vermutlich lässliche Jugendsünde. Und nach dem Nato-Doppelbeschluss habe ich die SPD verlassen und war viele Jahre in antirassistischen Gruppen der undogmatischen Linken, übrigens nicht bei den Autonomen. Wenn mir damals mal jemand gesagt hätte, Sie werden mal Mitglied eines Parlaments oder Vorsitzende einer Regierungspartei sein, hätte ich das nicht geglaubt, hätte ich ihn ausgelacht.

[Zurufe]

Gnade der westlichen Geburt – ich hatte nicht die Situation, die Andrej Holm hatte!

Selbstverständlich müssen Politikerinnen und Politiker sorgfältig mit ihren Biografien umgehen. Das haben Mitglieder dieses Hauses auch schon schmerzvoll erfahren und ihre Fehler eingestanden. Und das ist okay. Wir brauchen auch Fehlertoleranz, damit wir um den richtigen Weg für diese Stadt ringen können. Auch Andrej Holm hat seinen Fehler zugegeben, den Personalfragebogen bei der HU nicht richtig ausgefüllt zu haben,

[Unruhe]

aus einer falschen Einschätzung seines damaligen Status heraus. Schaut man sich die Stasi-Akte genau an, war er damals mit ganz unterschiedlichen Statusangaben versehen. Sie können das nachlesen; die Akte ist ja öffentlich. Er kannte seine Akte nicht, damals, als er den Fragebogen der HU ausfüllte. Aber er hat zugestimmt, dass sein Arbeitgeber seine Akte bei der Stasi-Unterlagen-Behörde anfordert. Tut das jemand, der absichtlich täuschen wollte?

[Zuruf von rechts: Ja!]

Zumal selbst der Autor des Fragebogens, Peter Neumann, – das ist jetzt veröffentlicht worden – sagte, der Fragebogen sei für die damaligen Zwecke schon gar nicht mehr tauglich gewesen.

Bleibt der Vorwurf, dass Andrej Holm nicht sorgfältig genug mit seiner Vergangenheit umgegangen ist, sie zu verharmlosen versucht habe. Ich weiß nicht, ob das wirklich zutreffend ist. Es ist nicht einfach für jemanden, sich zu offenbaren, dass er bei der Staatssicherheit ist. Und das, was wir hier in den letzten Stunden erleben, zeigt es ja auch noch einmal: Es ist ganz schwer, darüber ruhig zu reden, ohne hier angebrüllt zu werden. Trotzdem sage ich: Es sind Fehler passiert. Andrej Holm ist kein Berufspolitiker. Da muss er lernen. Aber auch hier ist die Realität nicht schwarz oder weiß.

Zum letzten Punkt, zum Linksextremismus: Eines geht nicht. Es ist letztinstanzlich eindeutig festgestellt worden, dass die Ermittlungen gegen Andrej Holm damals rechtswidrig waren. Es kann nicht sein, dass wir nach dem Motto verfahren: Schmeißen wir nur ordentlich mit Dreck, es bleibt schon etwas hängen. – Andrej Holm ist rehabilitiert.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Das bitte ich Sie anzuerkennen!

[Heiko Melzer (CDU): Wovon reden die denn?]

Präsident Ralf Wieland:

Jetzt hat für die AfD-Fraktion Herr Hansel das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Was sich in den letzten Wochen vor unseren Augen als Fall Holm abgespielt hat, hat eine große politische, geradezu paradigmatische Bedeutung und übersteigt die Niederungen des Tagesgeschäfts. Es geht um die Kernfrage: Was ist und für wen machen wir eigentlich Politik? – Wenn wir dieses Thema haben, kommen wir um den großen Soziologen Max Weber nicht herum.

Aber vorweg: Wir haben ein klares Führungsversagen des Regierenden Bürgermeisters und der ihn tragenden, ehemals stolzen Sozialdemokratischen Partei mit einem klaren antikommunistischem Profil, mit einem Willy Brandt, der den Bau der Mauer mit ansehen musste, aber eben auch noch das Glück hatte, in Dankbarkeit ihr Ende mitzuerleben. Ich bin damals übrigens in diese Partei eingetreten. Ich weiß nicht, ob ihm gefallen würde, was hier für ein Spiel betrieben wird, denn beide – Sie, Herr Regierender Bürgermeister, und auch Sie, liebe Kollegen der SPD – machen hier den Kotau vor Partnern, die nur noch Klientelpolitik für linke Randgruppen in unserer

(Frank-Christian Hansel)

Stadt machen. Politik für die Mehrheit der Menschen in unserer Stadt ist für Sie, für diesen Senat, ein Fremdwort.

[Beifall bei der AfD]

Allen voran die Grünen frönen einer Immobilitätswende, die den normalen Arbeitnehmer, der pendelt und sein Auto nehmen muss und vielleicht auch nehmen will, massiv behindert und in den Stau zwingt. Sie machen das, weil es Ihrer Gesinnung entspricht. Sie machen das, weil Sie glauben, damit die Menschheit zu retten, darüber hinaus aber vergessen, dass es den Menschen gibt, den konkret fassbaren Menschen, den einfachen Menschen, der seinen Alltag bewältigen will, der sein Kind zuerst in die Schule bringt und danach zur Arbeit fährt und das am Abend wieder zurück.

Die Linken machen nur noch Politik für sich selbst, für ihre eigene Ideologie und – das ist in dieser Unverfrorenheit neu – für ihre eigenen Leute; hier für einen Vertreter des sozialistischen Unterdrückungsapparats, dem er dienen zu müssen glaubte, aus einem scheinbar höheren Weltverbesserungsverständnis heraus. Pustekuchen! Für wen haben wir Politik zu gestalten? – Für die Menschen, die uns gewählt haben, aber nicht nur für diejenigen, sondern am Ende für alle, für das Volk, übrigens für das deutsche Volk, auf das jeder seinen Amtseid zu leisten hat,

[Canan Bayram (GRÜNE): Gilt das auch für mich?]

der in politische Verantwortung kommt – selbstverständlich für Sie auch.

Hier sind wir beim Stichwort Verantwortung. Max Weber unterscheidet zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Er hat dieses Begriffspaar geprägt, das die gegenwärtige Konfliktsituation treffend benennt. Gesinnungsethik führt im Resultat nicht zum Erfolg praktischen Handelns. Der Erfolg ist gar nicht ihr Maßstab, sondern die Gesinnung ist Handlungsmotivation selbst. Gut allein ist der gute Wille. Dieser Gesinnungsethik stellt Max Weber die Verantwortungsethik gegenüber, die die Folgen einer Handlung bei der Handlungsentscheidung immer mit berücksichtigt. Ich nenne das auch politischen Realismus. Das, liebe Genossen, war doch mal Ihr Thema, zumindest unter Helmut Schmidt. Bei ihm hätte es ein solches Führungsver sagen nicht gegeben – aus Verantwortung für das Land.

[Beifall bei der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Haben Sie das alles vergessen, alles verdrängt, nur um des puren Machterhalts willen? Ihre Aufgabe – wir haben das insbesondere heute immer wieder gehört – ist, für mehr Sicherheit für den Bürger zu sorgen, nicht den eigenen Genossen zu versorgen, wie das Die Linke tut.

Herr Müller! Fangen Sie an, Verantwortung für diese Stadt und ihre Menschen zu übernehmen! Denken Sie darüber nach, für wen Sie eigentlich Politik machen.

Opfern Sie diese Stadt nicht der Koalitionsarithmetik! Lassen Sie Toiletten Toiletten sein, kümmern Sie sich um wirkliche Belange der Menschen! Trennen Sie sich von Herrn Holm und von dem, wofür er stand und bis heute steht! Oder müssen wir, was es noch schlimmer machte, etwa davon ausgehen, dass das eine gezielte, bewusste Provokation war, ein Austesten einer bisherigen Schamgrenze, jetzt, über 27 Jahre nach der Wende, mal zu schauen, ob die SED- und Stasiverstrickung wieder gesellschafts- und regierungsfähig ist, quasi als ein kleiner Akt der Vorbereitung von Rot-Rot-Grün im Bund?

[Beifall bei der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wenn dem so wäre, haben Sie wirklich die sozialdemokratische Tradition des Antikommunismus und des politischen Realismus verraten. Ein Erbe, das – und jetzt hören Sie genau zu! – wir als Partei des politischen Realismus aus der Mitte der Gesellschaft erben. Wenn das so ist, machen Sie nur weiter so! Dann wird sich nämlich bei der nächsten Wahl das Volk, der Wähler, von Ihnen trennen und Sie aus Ihrem Amt entlassen, und das wäre dann auch gut so.

[Beifall bei der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Herr Kollege Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Redner in dieser Debatte hätte ich mir gewünscht, sagen zu können: Wir haben eine gute Debatte geführt –, denn ich denke, der Anlass, der Umgang mit der DDR-Vergangenheit und ihrem Erbe, wäre es allemal wert gewesen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Es gab eine ganze Reihe von Wortmeldungen, die mich beeindruckt haben, aber es gab hier auch einige Äußerungen, Ausfälle, wo mich gestandene Männer an Pennäler erinnert haben, die sich über den Ordnungsruf eines Lehrers freuen. Ich finde, das wird der Debatte nicht gerecht, und ich möchte es zum Abschluss noch einmal sachlich versuchen.

Ein Antrag auf Missbilligung gehört nicht zum parlamentarischen Tagesgeschäft. Wäre er business as usual, würde seine eigentliche Intention ins Leere laufen, nämlich ein besonders schweres Fehlverhalten zu kennzeichnen und zu sanktionieren. Unbestritten ist das Recht der Opposition, einen solchen Antrag zu stellen, und eines Parlaments, einen solchen Antrag auch zu beschließen. Eine andere Frage ist, wann das politisch wirklich klug und geboten ist und ob man das parlamentarische Instrument

(Daniel Wesener)

der Missbilligung nicht langfristig entwertet, wenn man es allzu häufig nur des politischen Knalleffekts wegen nutzt. Diese Fragen muss sich heute die FDP, diese Fragen muss sich Herr Czaja, stellen lassen. Ihr Antrag kommt so daher: In der Stadt, in Berlin, gibt es eine breite Diskussion über den angemessenen Umgang mit der DDR-Vergangenheit, aber die FDP kennt schon das Ergebnis und weiß als Einzige Bescheid. – So eine Haltung finde ich anmaßend.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Bei so viel Selbstgewissheit kann es schwerlich echte Vergangenheitsbewältigung und gelebte Erinnerungskultur geben. Aber auch 27 Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich die Debatte über dieses Kapitel der deutschen Geschichte eben nicht erübrigt, im Gegenteil. Die Redebeiträge eben und in der vorangegangenen Debatte haben es einmal mehr gezeigt: Wir sind noch lange nicht so weit, eine finale Antwort auf alle Fragen geben zu können. – Dabei geht es eben nicht allein darum, ob Andrej Holm zu Recht oder zu Unrecht zum Staatssekretär ernannt wurde. Es geht auch um die Frage, wie wir ganz generell mit dem Erbe der DDR-Diktatur umgehen, mit ihren Opfern und Tätern, mit Aufarbeitung und Erinnerung, mit Schuld und Vergebung. Die Debatte um Andrej Holm ist auch deshalb so schwierig, weil sie mindestens zwei Ebenen hat: Zum einen gibt es die politische Debatte, die politische Dimension und damit auch die Frage der Glaubwürdigkeit und persönlichen Verantwortung, zum anderen ist aber auch die generelle Frage: Wie werden wir dem Einzelfall gerecht, ohne den Grundsatz der Gleichbehandlung zu verletzen? – Es liegt nahe, zwischen einem 18-jährigen Auszubildenden und einem, der als Erwachsener über viele Jahre Menschen bespitzelt oder kujoniert hat, zu unterscheiden.

Gleichzeitig wissen wir, dass in der Vergangenheit etliche einen Job verloren oder gar nicht erst bekommen haben, vermutlich ohne dass dabei der einzelnen Biografie in jedem Detail Rechnung getragen wurde. All diese Fragen scheinen die Berliner FDP nicht sonderlich zu interessieren. Ihr Urteil steht fest, deshalb haben Sie sich auch mit Ihrem Antrag keine große Mühe gemacht. Dieser Antrag ist leider kein Beitrag zur Diskussion, die wir führen müssen, die wir führen wollen: der Diskussion über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. – Wer es mit der Ernst meint, entledigt sich nicht der offenen Fragen durch billige Skandalisierung, Herr Czaja.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Deshalb war es richtig, dass sich der Senat auf ein Verfahren verständigt hat, inklusive der Klärung der verschiedenen Fragen rund um die Biografie von Andrej Holm. Das Ergebnis wollen wir abwarten. Klar ist für uns Grüne aber auch: Egal, wie dieses Verfahren ausgeht, seine Konsequenzen können nicht allein arbeitsrechtlich begründet sein; da hat die Kollegin West völlig recht. Es

ist schon mehr als misslich, dass bei der Wahl des Verfahrens der Eindruck entstanden ist, die Politik wälze ihre Verantwortung auf die Gremien der Humboldt-Universität ab. Das wäre in der Tat falsch, denn jede Entscheidung in dieser Sache ist eine politische,

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

zumal eine sachgerechte Behandlung des Einzelfalls immer auch die Gleichbehandlung aller im Blick haben muss.

[Sebastian Czaja (FDP): Den Eindruck können Sie ja heute korrigieren!]

Genauso klar ist für uns – und das sage ich mit Blick auf unsere Koalitionspartner und den Herrn Staatssekretär –: Es reicht nicht aus, einen adäquaten Umgang mit der Vergangenheit für sich zu reklamieren, genauso wenig, wie es reicht, sich selbst dafür zu entschuldigen, Teil eines diktatorischen Systems gewesen zu sein. Man kann dessen Opfer höchstens um Entschuldigung bitten. Aufarbeitung, und das haben auch wir Grüne schmerzhaft lernen müssen, muss zuerst bei der eigenen Haltung ansetzen.

Anders als die FDP wollen wir Grüne die Diskussion führen, gerne auch kontrovers. Anders als die Opposition wollen wir deshalb auch keine Sofortabstimmung, sondern die Überweisung an den Ausschuss als einen Ort der gesellschaftlichen Debatte. Wenn diese Debatte gelingt, kann sie ein guter Beitrag zur Aufarbeitung von Stasi-Unrecht und DDR-Vergangenheit sein, aber das hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir diese Debatte miteinander führen. Ich hoffe, dass der Antrag der FDP und Teile dieser Diskussion heute dafür nicht stilbildend waren. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Zu dem Antrag hat die antragstellende Fraktion die sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der SPD beantragt dagegen die Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG. Über diesen Überweisungsantrag lasse ich zuerst abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Gegenstimmen? – Wir sind uns hier oben uneinig. Es gibt einen Teil des Präsidiums sagt: Das Erstere kann gar nicht die Mehrheit sein, zwei sehen das anders.

Dann müssen wir den Hammelsprung gemäß § 70 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung machen. Ich bitte Sie, den Saal

(Präsident Ralf Wieland)

zu verlassen. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass wir über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, geht durch die Tür für Ja, wer dem nicht zustimmen möchte, geht durch die Nein-Tür und wer sich enthalten will, kann das tun. Die Beisitzerinnen und Beisitzer des Präsidiums müssten sich zum Auszählen zur Verfügung stellen. An jeder Tür sollten es mindestens zwei Personen sein. Ich bitte nun die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in einem geordneten Verfahren wieder in den Plenarsaal zu kommen.

[Gongzeichen –
Abstimmung gem. § 70 Abs. 2 GO Abghs]

Ich habe das Signal bekommen, dass die Abstimmung abgeschlossen ist.

[Zurufe]

– Nein, die Abstimmung ist doch noch nicht beendet.

So, jetzt ist die Abstimmung tatsächlich beendet. Ich bitte die Präsidiumsmitglieder nach vorne, um uns das Ergebnis mitzuteilen und auch meine Stimmabgabe zu erfassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder die Plätze einzunehmen! Die Beisitzer haben die Auszählung zusammengefasst und mir folgendes Protokoll gegeben. Das Ergebnis des Hammelsprungs zum Thema „Ausschussüberweisung bei Tagesordnungspunkt 16“: 85 Ja-Stimmen, 57 Nein-Stimmen und keine Enthaltung – abgegebene Stimmen: 142. Die erforderliche Stimmenzahl war 72. Der Überweisungsantrag ist damit angenommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 17:

**Respekt des Landes Berlin für die Regimeopfer
der ehemaligen DDR**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0058](#)

Der Antrag soll heute vertagt werden. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 stehen auf der Konsensliste. Der Tagesordnungspunkt 20 war Priorität der Fraktion der FDP unter der Nummer 4.5.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 21:

**Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst
genutztes Wohneigentum**

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0067](#)

Der Antrag soll heute vertagt werden. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Der Tagesordnungspunkt 22 war die Priorität der AfD-Fraktion unter Nummer 4.4.

Meine Damen und Herren! Das war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 26. Januar 2017 um 10 Uhr statt. Die Mitglieder des Ältestenrates bitte ich jetzt in den Raum 320, wie wir das schon verabredet hatten.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

[Schluss der Sitzung: 20.28 Uhr]

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Zu lfd. Nr. 9:

Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Wahl
Drucksache [18/0071](#)

Es wurden gewählt:

von der Fraktion der SPD:

Abgeordneter Florian Dörstelmann als Mitglied
Abgeordnete Dr. Susanne Kitschun als Mitglied
Abgeordneter Tom Schreiber als Mitglied

Abgeordnete Derya Çağlar als stellvertretendes Mitglied
Abgeordnete Karin Halsch als stellvertretendes Mitglied
Abgeordnete Bettina König als stellvertretendes Mitglied

von der Fraktion der CDU:

Abgeordneter Stephan Lenz als Mitglied
Abgeordneter Kurt Wansner als Mitglied

Abgeordneter Dr. Robbin Juhnke als stellvertretendes
Mitglied
Abgeordneter Claudio Jupe als stellvertretendes Mitglied

von der Fraktion Die Linke:

Abgeordneter Niklas Schrader als Mitglied
Abgeordneter Sebastian Schlüsselburg als Mitglied

Abgeordneter Hakan Taş als stellvertretendes Mitglied
Abgeordnete Katina Schubert als stellvertretendes Mit-
glied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Abgeordneter Benedikt Lux als Mitglied
Abgeordnete June Tomiak als Mitglied

Abgeordnete Canan Bayram als stellvertretendes Mitglied
Abgeordneter Stefan Ziller als stellvertretendes Mitglied

von der AfD-Fraktion:

Abgeordneter Ronald Gläser als Mitglied
Abgeordneter Harald Laatsch als Mitglied

Abgeordneter Marc Vallendar als stellvertretendes Mit-
glied
Abgeordneter Karsten Woldeit als stellvertretendes Mit-
glied

von der Fraktion der FDP:

Abgeordneter Holger Krestel als Mitglied

Abgeordneter Marcel Luthe als stellvertretendes Mitglied

Zu lfd. Nr. 10:

Wahl der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin

Wahl
Drucksache [18/0072](#)

Gemäß § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Arti-
kel-10-Gesetzes (AG G 10) des Landes Berlin wählt das
Abgeordnetenhaus eine Vorsitzende oder einen Vorsit-
zenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertre-
ter – jeweils mit Befähigung zum Richteramt – und einer
der Anzahl im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen
Fraktionen entsprechende Anzahl von Beisitzern. Das
Vorschlagsrecht für den Vorsitz sowie für die Stellvertre-
tung hat die stärkste Fraktion. Für die Wahl der Beisitzer
und eines persönlichen Vertreters hat jede Fraktion das
jeweilige Vorschlagsrecht.

Es wurden gewählt:

von der Fraktion der SPD:

Abgeordneter Florian Dörstelmann als Vorsitzender
Abgeordneter Frank Zimmermann als stellvertretender
Vorsitzender

Abgeordneter Tom Schreiber als Beisitzer
Abgeordneter Sven Kohlmeier als stellvertretender Bei-
sitzer

von der Fraktion der CDU:

Abgeordneter Stephan Lenz als Beisitzer
Abgeordneter Peter Trapp als stellvertretender Beisitzer

von der Fraktion Die Linke:

Herr Uwe Doering als Beisitzer
Abgeordneter Hakan Taş als stellvertretender Beisitzer

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Abgeordneter Benedikt Lux als Beisitzer
Abgeordnete June Tomiak als stellvertretende Beisitzerin

von der AfD-Fraktion:

Abgeordneter Ronald Gläser als Beisitzer
Abgeordneter Harald Laatsch als stellvertretender Beisit-
zer

von der Fraktion der FDP:

Abgeordneter Holger Krestel als Beisitzer
Abgeordneter Marcel Luthe als stellvertretender Beisitzer

Zu lfd. Nr. 11:

**Wahl von fünf Personen zu ordentlichen
Mitgliedern des Gnadenausschusses und fünf
weiteren Personen zu stellvertretenden
Mitgliedern des Gnadenausschusses**

Wahl
Drucksache [18/0049](#)

Es wurden gewählt:

von der Fraktion der SPD:

Frau Burgunde Grosse als Mitglied

Frau Gisela Grotzke als stellvertretendes Mitglied

von der Fraktion der CDU:

Herr Dieter Hapel als Mitglied

Herr Gregor Hoffmann als stellvertretendes Mitglied

von der Fraktion Die Linke:

Frau Kerstin Pohnke als Mitglied

Abgeordneter Sebastian Schlüsselburg als stellvertreten-
des Mitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Yosma Karagöz als Mitglied

Abgeordneter Benedikt Lux als stellvertretendes Mitglied

von der AfD-Fraktion:

Abgeordneter Andreas Wild als Mitglied

Herr Uwe Kasper als stellvertretendes Mitglied